

Baruther Anzeiger

Zeitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Tag. Bezugspreis freibleibend für den Monat eine Goldmark.
Schriftleiter: Johannes Särchen, Baruth (Mart).
Fernsprecher Nr. 17. — Postfachkonto: Berlin Nr. 345 40.
Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen ufm. hat der Bezogener keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erstattung des Bezugsgebühres.
Mittwoch: Unterhaltungsblatt „Der Familienfreund“.



Anzeigenpreis: Die sechseckige Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreieckige Kleinzeile (90 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif.
Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Särchen, Baruth (Mart).
Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, ferner für unentgeltlich geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.
Sonntags: Die illustrierte Sonntagsbeilage.

Nr. 68

Donnerstag, den 7. Juni

1928

Zariserhöhung der Reichsbahn unvermeidlich.

Das Reichskabinett ist zu einer Beratung zusammengetreten, in der die Entscheidung über die Wünsche der Reichsbahn auf Zarfischerhöhung gefasst werden soll. Das Kabinett hat darüber schon vor etwa acht Tagen eine Beratung abgehalten, in der sich eine sehr lebhaft geführte Debatte entwickelte. Der Reichsfinanzminister vertrat den Standpunkt, daß aus allgemeinen großen politischen und finanzpolitischen Gründen sowie auch aus wirtschaftspolitischen Gründen, die die Reichsbahn selbst und die Erneuerung der Anlagen betreffen, eine Zarfischerhöhung in dem Sinne getroffen werden müsse, daß der Reichsbahn neue Mittel zugeführt werden. Am einfachsten wäre das auf dem Wege einer Anleihe, insbesondere einer Verwendung der Vorkausse der Reichsbahn, die in dem entsprechenden Teil des Gesetzesentwurfes auch direkt vorgesehen ist. Auf der anderen Seite würde aber die Zarfischerhöhung zu neuen wirtschaftlichen Schwierigkeiten führen, worüber zwischen allen Reichsressorts Einvernehmen besteht.

Der Abmarsch der Stahlhelmer aus Hamburg.

Hamburg. Mit rund 138 000 wird bahnamtlich die Zahl der von auswärts nach Hamburg und wieder zurück beabsichtigten Stahlhelmer angegeben. Wie beim Abmarsch, so überwiegen auch beim Abmarsch in den Straßen die freundlichen Kundgebungen an die feldtragenden Männer. Der Abmarsch war wieder begleitet von Polizei zu Fuß, zu Pferde und in Automobilen. Auf den Bahnhöfen bei der Abfahrt war ein Leben und Treiben, das ganz an einen der Mobilisierungstage des Jahres 1914 erinnerte.

Attentat auf Schanghölzin.

Sofia. Aus Münden eingegangene Meldungen besagen, daß in dem Augenblick eine Brücke in die Luft gesprengt wurde, als der Sonderzug Schanghölzin vorbeifuhr. Vier Wagen des Sonderzuges wurden zerstört. Die Zahl der Toten soll sehr groß sein. Der Marschall selbst kam mit leichten Verletzungen davon.

Die Berliner Schupo mißhandelt ihren Vizepolizeipräsidenten.

Berlin. Im Anschluß an die Demonstration, die die Berliner Kommunisten anlässlich der Beerdigung des von der Polizei erschossenen Kommunistenweges veranstaltet hatten, war es zu Zusammenstößen zwischen der Schupo und den Teilnehmern des Umzuges gekommen. Dabei hat sich der ungläubigste Vorfall ereignet, daß die Schupoisten auf einen ihrer höchsten Vorgesetzten, nämlich den Vizepolizeipräsidenten Dr. Weim, mit dem Gummi knüppel einschlugen, als er die Beamten beruhigen und zur Besonnenheit gegenüber den erregten Demonstranten ermahnen wollte.

Einheitsgebühr für 1- und 2-Kilopäckchen 60 Pfennig.

Stuttgart. Auf der Tagung des Verwaltungsrats der Deutschen Reichspost unter dem Vorsitz des Reichspostministers nahm die Vorlage über die Einführung einer Kleingutsendung eine bevorzugte Stellung ein. Beschlossen wurde die Zulassung eines Briefpäckchens bis zum Gewicht von 1 Kilogramm, das in größeren Abmessungen als das bisherige Päckchen gegen eine Einheitsgebühr von 60 Pfennig in mit der Briefpost befördert werden soll, ferner als neuer Sendungsgegenstand die Schaffung eines mit der Paketpost zu befördernden Päckchens im Gewicht bis zu 2 Kilogramm und mit den Abmessungen von 50:20:10 Zentimeter oder im Verhältnis von 40:25:10 Zentimeter gegen eine Einheitsgebühr von 60 Pfennig. Beide Gebührensätze gelten für alle Entfernungen. Die Neuerung fand großen Anklang bei allen Beteiligten.

Nach Abschluß der Verhandlung fand ein Empfang des Verwaltungsrats durch den Staatspräsidenten Dr. Bazille und die Württembergische Staatsratelerna statt.

Mobils auf Franz Joseph-Land?

Berlin. Wie ein amtlicher russischer Funkspruch aus Moskau meldet, hat laut Mitteilung des Vorkommandanten der Gesellschaft der Freunde der Antarktis, Anführer, die russische Expedition in Wosnesenski am Dneprsee SOS-Rufe Mobils von der „Italia“ aus Franz Joseph-Land aufgegeben. Die Mitteilung über den Aufentschaftsort Mobils wäre jedoch nicht zu entziffern gewesen, da die Empfänger die Sprache der Sendenden nicht völlig verstanden hätten.

Deutsche Flugzeuge für Sven Hedins Expedition.

Sven Hedins hatte bereits vor längerer Zeit noch von Aken aus bei der Deutschen Luft Sania angekündigt, daß er bei seinem Aufenthalt in Berlin mit ihr über die Verwendung von Flugzeugen bei seinen weiteren innerarctischen Forschungen verhandeln wolle. Diese Verhandlungen haben nun, nachdem der schwedische Forscher in Berlin eingetroffen ist, begonnen.

Der oberschlesische Schulkonflikt in Genf zurückgestellt.

Genf. Der Völkerverbundrat erlebte am Dienstag eine große Minderheitsdebatte, die weit über die eigentlichen Fragen hinausging, um derentwillen sie auf die Tagesordnung gestellt worden ist. Die Grundlage bildete eine doppelte Klage Albaniens gegen Griechenland. Der albanische Delegierte beklagte die Vergewaltigung der Albaner in Griechenland, deren Güter ohne Entschädigung enteignet würden. Die albanische Staatsbürgerhaft werde von den Griechen verweigert. Albanien befreit das Recht der Staaten zur Enteignung von Ausländern ohne Entschädigung. Der griechische Delegierte erklärte die albanische Klage als nicht annehmbar. Politik nannte das Verhalten der albanischen Regierung arrogant und provokatorisch, das gegenwärtige albanische Vorgehen infortreff. Der vorläufige Beschluß des Völkerverbunds ging dahin, der Vertreter Polens Jaleski sollte in den nächsten Tagen einen Bericht über die Angelegenheit ausarbeiten und dem Völkerverbundrat vorlegen.

Den letzten Punkt der Tagesordnung bildet

der oberschlesische Schulkonflikt.

Es liegen fünf Klagen des deutschen Volksbundes wegen Minderheitschulen vor, dann verschiedene Klagen wegen polnischer Einschüchterung in den Schulbetrieb der Minderheitschulen und schließlich drei Klagen über die Unsicherheit für die Deutschen in Polnisch-Oberschlesien. Die polnische Retortenklausur lautete auf Unsicherheit für die Polen in Deutsch-Oberschlesien. Berichterstatter Urrutia-Columbien legte einen fünf Seiten langen Bericht über die Schulfrage vor, erklärte die Angelegenheit aber für sehr schwierig und verlangte die Zuneigung von zwei Kollegen (Holland und Italien), um noch in dieser Sitzung Bericht zu erstatten.

Die Forderungen

der Kriegsbeschädigten.

In Berlin veranstalteten der Schutzbund geschädigter Auslands-, Kolonialdeutscher und Verdramter und der Ringverband Kundgebungen gegen die langsamen Auszahlungen der Kriegsbeschädigten. Es würde Jahre dauern, ehe der letzte zu Entschädigende ausgezahlt sei. Man würde sich die Haltung der Finanzbürokratie nicht mehr gefallen lassen. Ungenügend sei vor allem das Verfahren in Elsaß-Lothringen, Polen, in Memel und den Randstaaten.

Der Geschäftsführer des Ringverbandes, Trapp, erklärte, der Reichstag müsse das Recht der zu Entschädigenden prüfen und erfüllen. Die Feindmächte hätten den Auslands-, Kolonialdeutschen und Verdramten 1,6 Milliarden genommen, und Deutschland sei reichsgefährlich verpflichtet, seinen Angehörigen wegen der Liquidation oder Einbehaltung ihrer Rechte oder Interessen in den alliierten oder assoziierten Ländern vollen Ersatz zu leisten. Die Kommunisten machten zwar den Beschädigten viele Versprechungen, aber vielleicht setzten sich die Kommunisten auch dafür ein, daß Russland an Deutschland die Milliardenbeträge auszahle, die es für die Vertriebenen leisten sollte, und deren Zahlung es einstelle, als Deutschland in der Revolution zusammenbräche.

Schiffalsgemeinschaft von Industrie und Landwirtschaft.

Eröffnung der 24. Wanderausstellung der D. L. G. in Leipzig. Leipzig. Die 24. Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Leipzig, die vom 5. bis 10. Juni dauert und die am Dienstag eröffnet wurde, ist eine Welterfolg. Sonderausstellung. Außer den großen Hallen mußte ein 19 Hektar großes Freigelände zugewonnen werden, um alle Aussteller unterzubringen. Die Ausstellung gliedert sich in drei Abteilungen: Tiere, Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Maschinen und Geräte, bei denen außer den deutschen Ausstellern auch das Ausland vertreten ist.

Bei der Eröffnung der Ausstellung hielt der Reichsernährungsminister Schiele

eine Ansprache, in der er nach Übermittlung der Grüße des Reichspräsidenten und der Reichsregierung u. a. ausführt, während der Krise der Industrie und des Handels hätten der Landwirtschaft verständnisvoll den ihr gebührenden Platz neben sich eingeräumt und damit zum Ausdruck gebracht, daß alle drei Wirtschaftsklassen, die die Grund- und Kapitaler unserer Volkswirtschaft bilden, aufs innigste miteinander verschloßen seien. Keine Wirtschaftsklasse habe unter den Folgen des Krieges und der Nachkriegszeit so empfindlich gelitten wie die Landwirtschaft. Die Reichsregierung habe in Kenntnis dieser bedrohlichen Entwicklung der letzten Jahre den ersten Versuch unternommen, ein freilich zunächst nur auf die dringenden staatlichen Hilfsmaßnahmen beschränktes landwirtschaftliches Notprogramm aufzustellen. Seine Durchführung werde, so hoffe er, in kürzester eine gewisse Erleichterung bringen. Das Lösungswort der nächsten Jahre müsse heißen: Qualität und Organisation; insbesondere Organisation des Absatzes. Daß die Landwirtschaft der Willen zur Selbsthilfe habe und daß die wirtschaftlichen Möglichkeiten seiner Verwirklichung vielfach in ungehörtem Ausmaß gegeben

seien, davon lege die Ausstellung ein bereites, verheißungsvolles Zeugnis ab.

Gehheimer Dekonomierat Dr. h. c. Steiger-Dresden, Vizepräsident für den Gau 9 der D. L. G. betonte, daß die besten Beschäftigten, insbesondere auch Rückfächler auf die Finanzierung der Ausstellung es nahelegten, die überaus günstigen Vorbereitungen, welche die Meißelstadt Leipzig für derartige große Veranstaltungen erfahrungsgemäß bietet, auszunutzen. Rittergutsbesitzer Landrat a. D. Dr. von Hellendorff-Baumersroda, Vizepräsident für den Gau 6 der D. L. G., rief der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft sowie allen Ausstellern und Besuchern dieser Ausstellung, besonders aber auch den Vertretern der hohen Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden ein aufrichtiges und herzliches Willkommen zu. Staatsminister Dr. Flug von Ribb. und von Falkenstein-Dresden, sächsischer Wirtschaftsminister, wünschte, daß die Verlegung der Schau nach Leipzig symbolisch für die künftige Eintracht von Industrie und Landwirtschaft sein möge. Industrie und Landwirtschaft seien im Rahmen eines Nationalstaates auf einander angewiesen. Rittergutsbesitzer Landesrat Dr. h. c. von Wöffen-Karlshof, Vorsitzender des Vorstandes der D. L. G., teilte mit, daß der Vorstand der D. L. G. beschlossen habe, zum Danke für die Ergebung des Begründers der Gesellschaft, Mag. Geyl, durch die Benennung einer Straße in Gutzkow, der Stadt Leipzig das Geyl-Denkmal in Berlin in verkleinelter Form in Bronze und Marmor zu widmen.

Einberufung der Parlamente.

Am 13. Juni Eröffnung des neuen Reichstages.

Berlin. Der neue Reichstag ist nunmehr endgültig auf Mittwoch, den 13. Juni, einberufen worden. Das Einberufungsschreiben des Präsidenten 236 hat folgenden Wortlaut: „Auf Grund der Artikel 28 und 27 der Reichsverfassung wird der neu gewählte Reichstag berufen, am Mittwoch, dem 13. Juni 1928, nachmittags 3 Uhr, zusammenzutreten.“

Der preussische Landtag tritt am 8. Juni zusammen.

Der Preussische Landtag tritt am 8. Juni um 4 Uhr zusammen. Die Erklärung der Abgeordneten über die Annahme der Wahl ist inzwischen abgeschlossen, so daß die Räte der im Landtag gewählten Abgeordneten im Reichsanzeiger von der preussischen Staatsregierung veröffentlicht werden konnte.

Partei Führerbesprechungen beim Reichspräsidenten.

Wie verlautet, hat der Reichspräsident von Hindenburg die Absicht, an den letzten Tagen dieser Woche mit den Führern der Reichstagsfraktionen die politische Lage im Hinblick auf die Regierungsbildung zu besprechen.

Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei ist am Dienstag vormittag im Reichstage zusammengetreten, um die politische Lage zu besprechen.

Der Vorsitzende des Vorstandes der Deutschen Demokratischen Partei, Reichstagsabgeordneter Erelson, hat den demokratischen Parteivorstand für Donnerstag, den 14. Juni, einberufen. Die Tagesordnung sieht eine Besprechung der Lage nach den Reichstagswahlen vor. Zu diesem Thema wird Parteiführer Reichstagsabgeordneter Koch-Beser sprechen.

Stegerwald über die Stellung des Zentrums zur Regierungsbildung.

Wien. Der Führer der christlichen Gewerkschaften, der Zentrumsabgeordnete Stegerwald, gewährte einem Vertreter der Oesterreichischen Christlich-sozialen Nachrichtenzentrale eine Unterredung, in deren Verlauf er sich u. a. über die gegenwärtige politische Lage im Reich und über die Haltung des Zentrums in der nächsten Zeit folgendermaßen äußerte:

„Der Zentrumspartei fällt es gar nicht ein, eine Koalition mitzumachen, in der sie als ein Anhängel der Sozialdemokratie erscheinen müßte. Der Zentrumspartei wäre es ganz erwünscht, wenn vielmehr jene Parteien, die die Ursache zur Auflösung des letzten Reichstages waren, die das Schicksal zu Fall gebracht haben, auch einmal zeigen würden, daß sie eine positive Außen- und Innenpolitik zu machen verstehen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Sozialdemokraten sich mit voller Verantwortung an der Regierung beteiligen müssen, andernfalls hat der Wahlkampf jeder Sinn verloren. Ob sich das Zentrum überhaupt an der Koalition beteiligen will, hängt davon ab, welches Arbeitsprogramm die Sozialdemokraten den anderen Parteien unterbreiten werden, und daneben von der gesamten Zusammenfassung des Kabinetts.“

80 000 Nordtruppen zur chinesischen Sibirarmee übergegangen.

Sofia. Sämtliche außerhalb der Mandchurei stehenden Nordtruppen sind am Dienstag zur Sibirarmee übergegangen. Es handelt sich um insgesamt 80 000 Mann. Der Bürgerkrieg hat damit eigentlich auf chinesischen Boden einen unblutigen Abschluß gefunden. Die übergegangenen Truppen werden in die Grenzgebiete